

„Die Stimme“ Organ des Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 50 Pf.
 Bestellungen richtet man an den
 Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
 Deutschlands
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Stimme“ an H. Barnhoff, Elm a. D., Poststr. 47, Telefon 1442
 Wir für das Hauptbüro des Gewerkschafts bestimmten Postfach sind zu adressieren
 Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222
 Einzelne Bestellungen an H. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222
 Postfachkonto 39 821 beim Postfachamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Zeitspalte
 20 Pfennig
 Arbeitsmarkt 15 Pfennig
 Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Rudolf Klein †.

Der unerbittliche Tod hält unter den Gewerkschaftsführern reichliche Ernte, schon wieder ist uns einer der Besten entzogen worden. Am Sonntag, den 24. Oktober verstarb der uns allen bekannte Verbandskassierer Kollege

Rudolf Klein.

Der Verstorbene hat beinahe sein 71. Lebensjahr vollendet. Wer im vergangenen Jahre an der Feier seines 70. Geburtstages teilnahm, der hat wahrlich nicht gedacht, daß wir diesem Pionier und Veteran der Gewerkschaftsbewegung schon so frühzeitig zu Grabe tragen werden. Als der Verstorbene im Juli d. Js. in den wohlverdienten Ruhestand versetzt wurde, gingen die Wünsche aller Gewerkschaftskollegen dahin, daß diesem wackeren Kämpfer ein heiterer Lebensabend beschieden sein möge. Das Schicksal hat es anders gewollt. Er, der stets in körperlicher Frische seine Tätigkeit verrichtete, mußte sich einer schweren Beinoperation unterziehen, die ihn längere Zeit an das Krankenbett fesselte. Körperliche und seelische Schmerzen haben schließlich den sonst nie müden Körper aufgelerbet.

In Rudolf Klein war ein Stück Geschichte der Deutschen Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung verkörpert. Am 12. Februar 1883 trat er in den Gewerkschaft der Metallarbeiter ein. Er war in der früheren „königlichen“ Eisenbahnwerkstatt in Berlin beschäftigt und war die damaligen Verhältnisse kannte, weiß, welche Ueberzeugungstreue, welcher Mut und welche Tatkraft notwendig war, um in dieser Stellung für die Gewerkschaften und damit für die Idee einer Besserung der Lage der Arbeiter einzutreten. Seine Liebe zur Gewerkschafts Sache und der feste Wille zur Besserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeiter zu wirken, brachte ihn sofort in Führerstellung. Zuerst in seinem Ortsverein und später in seinem engeren Gewerkschaftsverein. Sein vorbildliches Streben, allen dienstbar zu sein, für die Ideengemeinschaft zu wirken, brachte den Verstorbenen bald darauf zur Verbandsgemeinschaft, die ihn im Jahre 1892 aus seiner bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeit, als Verbandskassierer zum Führer berief. In diesem Amte wirkte er unermüdet und pflichteifrig, bis er im Juli d. Js. in den wohlverdienten Ruhestand trat. Die Jüngeren in der Arbeiterbewegung kennen den Verstorbenen nur als Verbandskassierer. Rudolf Klein war den Gewerkschaften mehr, viel mehr! Er war die eigentliche Seele des Verbandsbüros, die langen Jahre hindurch! Der verstorbene Anwalt schätzte in ihm einen der treuesten Mitarbeiter. Bis Jüngere ihn ablösten, war er der Agitationsredner des Verbandes, der in unzähligen Versammlungen mit seiner tiefinneren Ueberzeugungstreue für den Gewerkschaftsgedanken warb und dadurch den Mitgliedern nicht nur als Führer, sondern, was seiner Natur besonders lag, auch als Freund und Ratgeber nahe kam. In dem Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, zu dessen Errichtung eine Aktiengesellschaft unter seiner Führung gebildet und das 1904 eingeweiht werden konnte, hat er ein unvergängliches Denkmal in der Gewerkschaftsbewegung geschaffen.

Nun ruht er aus von seiner Arbeit. Seine ganze Lebensenergie hat er dem Gewerkschaftswesen gewidmet. Den Dank für den Verstorbenen können wir am besten abtragen, wenn wir in seinem vorbildlichen Sinne weiter wirken.

Internationale Wirtschaftsverständigung?

Die Abschirmung der einzelnen Länder durch Errichtung hoher Zollschranken ist von der organisierten Arbeiterschaft von jeher auf das lebhafteste bekämpft worden. Heftige Kämpfe sind dieserhalb in den Parlamenten ausgefochten worden. Die organisierte Arbeiterschaft war sich in ihren Zielen einig, sie wußte, daß durch Errichtung von Zollmauern eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Industrieprodukte eintreten mußte. Der geführte Kampf war um so notwendiger, als die Erhebung von Zöllen lediglich einem kleinen Kreis von Interessenten diente, während die Allgemeinheit schwer darunter litt. Die organisierte Arbeiterschaft erblickte in den hohen Zollschranken gleichzeitig den Brandherd für kriegerische Entwicklungen und dürften hierin auch eine der Ursachen für den letzten Weltkrieg zu suchen sein. Vor dem Kriege nahmen diese Zollschranken immerhin noch erträgliche Formen an, nach dem Kriege entstand unter den einzelnen Ländern ein förmlicher Wettbewerb über die Errichtung der höchsten Zollmauern. Die Folgen haben nicht auf sich warten lassen. Anstatt gesunder Handelsverträge setzte ein Handelskrieg ein, von dem kein Land einen Vorteil hatte, vielmehr die Verarmung, welche durch den Weltkrieg eingetreten war, noch vermehrte. Der für die Industrie notwendigen Export erlitt eine vollständige Störung, eine Arbeitslosigkeit setzte ein, wie wir sie noch nie zu verzeichnen gehabt haben. Diese wiederum brachte eine starke Verminderung der Kaufkraft mit sich, sodaß überall eine Lahmlegung der Absatzgebiete eintreten mußte. Dies ist nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Ländern der Fall. Der politische und wirtschaftliche Horizont war ringsum von düsteren Wolken umgeben. In neuerer Zeit sind nun in diesem dunklen Gewölbe drei Lichtpunkte, Genua, Genf und Thoiry aufgetaucht, die geeignet sind, für Europa einen Wendepunkt in politischer, wie in wirtschaftlicher Beziehung hervorzurufen. An die Stelle der Machtpolitik ist der Verständigungswille mehr in den Vordergrund getreten. Prominente Führer der Wirtschaft sind am Werke eine internationale Wirtschaftsverständigung herbeizuführen. Aus 16 Staaten sind maßgebende Wirtschaftsführer zusammengetreten und haben eine Rundgebung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

Ein Appell zur Beseitigung der Einengungen des europäischen Handels.

Wir wünschen als Geschäftsleute die Aufmerksamkeit auf gewisse schwerwiegende und beunruhigende Zustände zu lenken, die, unserem Urteil nach, der Rückkehr zum allgemeinen Wohlstand im Wege stehen.

Man kann nicht ohne Bedenken mit ansehen, in welchem Ausmaß Zollsbarrieren, Speziallizenzen und Verbote seit dem Kriege sich in den internationalen Handel einzuschleichen und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermochten. In keiner Periode während der neueren Geschichte hat es der Handel notwendiger als heute gehabt, von solchen Einengungen frei zu sein, um den Handelreibenden zu ermöglichen, sich den neuen und schwierigen Bedingungen anzupassen. Und zu keiner Zeit haben sich die Beschränkungen des freien Handels so gefährlich vermehrt, ohne daß man den daraus entstandenen ökonomischen Konsequenzen gewahr geworden wäre. Der

Zusammenbruch von großen politischen Gebietseinheiten

in Europa war ein schwerer Schlag für den internationalen Handel. Innerhalb weiter Gebiets, deren Einwohner bis dahin ihre Produkte im freien Handel ausgetauscht hatten, wurden eine Anzahl neuer Grenzen errichtet, die durch Zollgesetze eiferfüchtig geberdet werden. Alte Märkte verschwanden. Rassen gegen Rassen konnten Gemeinschaften auseinanderreißen, deren Interessen untrennbar miteinander verflochten waren. Eine nicht unähnliche Situation würde entstehen, wenn ein Staatenbund die Bande zerreißen wollte, die sie miteinander verknüpfen, und anfangen würde, den gegen-

festigen Handel zu hemmen und mit Strafen zu belegen, anstatt ihn zu fördern. Es kann kaum bezweifelt werden, daß unter diesen Umständen der Wohlstand eines solchen Landes sich rapide vermindern würde.

Um diese neuen Grenzen in Europa zu kennzeichnen und zu verteidigen, wurden Lizenzen, Tarife und Verbote eingeführt, deren Resultate sich für alle Beteiligten bereits als höchst nachteilig erwiesen. Der eine Staat verlor seine billige Nahrungsversorgung, der andere seine Belieferung mit billigen Waren, Industrien litten unter Kohlenmangel, Fabriken durch das Fehlen von Rohmaterialien hinter den Zollmauern wurden, ohne wirkliche ökonomische Grundlagen zu haben, neue Lokalindustrien begründet, die infolge der Konkurrenz nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher wuchsen. Eisenbahntarife, die, von politischen Ueberlegungen beeinflusst, festgesetzt sind, machen Transitverkehr und Frachttransporte schwierig und teuer. Die Preise sind allgemein gestiegen und eine

Künstliche Deuerung

ist hervorgerufen worden. Die Produktion als Ganzes genommen ist zurückgegangen, die Kredite haben sich verringert und der Geldumlauf hat abgenommen. Zu viele Staaten haben in Verfolgung verfehlter Vorstellungen von nationalem Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unsinnige Basis stellten, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten. Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politiker in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß

Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß,

und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Wenn wir ihren Handel behindern, vermindern wir damit auch die Möglichkeit, ihre Schulden abzuführen und unsere Produkte zu kaufen. Eingeschränkter Import bringt auch Beschränkung des Exports mit sich, und keine Nation kann es sich leisten, ihren Exporthandel zu verlieren. Da wir alle von der Einfuhr und Ausfuhr von Waren abhängig sind, sowie von dem Prozeß des internationalen Güterausstausches, können wir nicht ohne schwerwiegende Bedenken eine Politik mitansehen, die die Verarmung Europas bedeutet. Glücklicherweise sind Anzeichen vorhanden, daß endlich die öffentliche Meinung in allen Ländern zur

Erkenntnis dieser drohenden Gefahren

gekommen ist. Der Völkerbund und die Internationale Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren, um die Unausgeglichenheit in diesen Zuständen, außer in den Zolltarifen, zu beseitigen und Passagier- und Güterverkehr zu erleichtern. Einführliche Persönlichkeiten in einigen Ländern setzen sich für völlige Aufhebung der Zolltarife ein. Von anderen Seiten ist der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen vorge schlagen worden, die in jedem Falle eine Meistbegünstigungsklausel enthalten sollen. Einige Staaten haben in kürzlich abgeschlossenen Verträgen die Notwendigkeit anerkannt, den Handel von allen niederdrückenden Beengungen zu befreien. Und Erfahrung lehrt allmählich auch andere, daß das

Niederreißen der ökonomischen Hindernisse zwischen den einzelnen Nationen sich als sicherstes Heilmittel

gegen das Stagnieren des Handels erweist, das überall zu verspüren ist. Bei den zugleich wertvollen politischen Resultaten, die sich aus einer solchen Politik ergeben würden, und die bösen Willen durch guten erregen würde und die Erklärtheit der Völker in Zusammenarbeit umwandeln, wollen wir uns nicht aufhalten. Aber wir wünschen unserer festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiedereinführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wiederherzustellen.

Unterzeichnet ist die Umgebung von namhaften Führern der Wirtschaft von Deutschland, England, Frankreich, Vereinigten Staaten, Belgien, Holland, Dänemark, Oesterreich, Polen und der Tschechoslowakei.

Die Vertreter Frankreichs und Italiens haben durch besondere Erklärungen gewisse Einschränkungen gemacht, ohne dem Grundgedanken des Appells Abbruch zu tun.

Ohne Zweifel scheint sich in der Anschauung internationaler Wirtschaftsführer eine bemerkenswerte Wandlung zu vollziehen. Es wäre verfrüht, aus dieser Umstellung eine sofortige Besserung der Wirtschaftslage zu erwarten. So etwas vollzieht sich nicht von heute auf morgen, dafür liegen die europäischen Verhältnisse zu unklar und der Weltkrieg hat dem Wirtschaftsleben allzutiefe Wunden geschlagen. Trotzdem begrüßen wir diesen ersten Schritt und erklären darin eine Verwirklichung der Ziele, welche wir als Arbeiterorganisation im Interesse unserer Volkswirtschaft von jeher vertreten haben. Wir haben weiter die Pflicht mitzuwirken an der Forttrottung aller Hindernisse, die noch allerorts so zahlreich vorhanden sind. Die Sumpfe des Wirtschaftslebens reden haben wie drüben nach wie vor ihre Fangarme aus, um auf Kosten der Allgemeinheit, besonders der ärmeren Bevölkerung, ihre Profitgier

zu befriedigen. Ein Blick bei uns in die Hugenberg Presse und in die nationalstetisch eingestellten Blätter Frankreichs zeigt uns, wohin die Reise geht. Hier ist eine von den neuen Aufgaben, deren Erfüllung von uns als Arbeiterorganisation der Einkünfte aller Kräfte bedarf. Die Arbeiterschaft hat zu lange und zu schwer gelitten, auch sie muß wieder an den Freuden des Lebens teilnehmen. Deshalb müssen alle Wege beschritten werden, welche geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Hieran mitzuarbeiten, muß Aufgabe eines jeden organisierten Kollegen sein. Notwendig ist in erster Linie die Gleichgültigkeit abzuschütteln, der Kampf gegen die uns feindlich gesinnte Presse muß intensiver geführt werden. Mit der Kraft der Ueberzeugung muß ständig an die uns fernstehende Masse Aufmerksamkeit getragen werden, nur so wird es möglich sein, das von uns gesteckte Ziel zu erreichen.

Was soll unser Junge werden?

Diese brennende Frage tritt jetzt wieder in der Zeit der Entlassung aus der Schule an tausende von Eltern heran. Dasselbe zu beantworten hält außerordentlich schwer. Ueberblickt man den Arbeitsmarkt, dann ist alles grau in grau, die Spargänge der Eltern sind wenig geeignet, den Eltern Mut einzulösen, ihre Söhne einem bestimmten Beruf zuzuführen. Und doch soll man sich von solchen Erscheinungen nicht beeinflussen lassen, denn dieser Schritt, welchen das junge Menschenkind tun soll, ist sehr oft entscheidend für sein ganzes Leben. Jeder Beruf glaubt, daß er am meisten gedrückt wird, betrachtet man diese Tatsache ganz nüchtern, dann ergeben sich überall Klippen, die oft nur unter den größten Schwierigkeiten zu überwinden sind. Gewiß gibt es einzelne Berufe, vor dessen Erlernung sehr dringend gewarnt werden muß, denen wir z. B. an das Bildhauer- und Drechslergewerbe, so liegt deren Zukunft sehr im trüben. Aber auch hier wird es sehr oft auf die Neigung und Geschicklichkeit des Einzelnen ankommen, wenn er sich durchringt. Im allgemeinen soll man von der Erlernung dieser Berufe zur Zeit Abstand nehmen. Viel Neigung besteht bei den Eltern, ihre Söhne Kaufmann werden zu lassen. Auch dieser Stand ernährt seinen Mann, doch soll man sich diesen Schritt doppelt reiflich überlegen, weil die späteren Erwerbsmöglichkeiten noch weniger Aussicht auf Erfolg haben.

Eine der meist umstrittenen Fragen ist, ob es überhaupt einen Wert hat, die Kinder einen Beruf erlernen zu lassen. Bei der Beantwortung dieser Frage gibt die Tatsache, daß es den meisten Vätern schwer fällt, für den Unterhalt des Kindes während der Lehrzeit zu sorgen. Das dem Lehrling gewährte Kostgeld reicht kaum zum Fahrgehalt, geschweige denn zur Anschaffung der notwendigen Kleidungsstücke, so daß die Eltern tatsächlich die Kosten für den Unterhalt ihres Sohnes während der Lehrzeit in der Hauptsache bestreiten müssen. Demgegenüber erhält derjenige, welcher als Laufbursche, oder in der Fabrik seine Tätigkeit aufnimmt, immerhin einen höheren Entgelt. Diese Tatsache ist unbestritten. Trotz alledem möchten wir dem gelernten Beruf das Wort reden. Wenn auch die Maschinen heute gegen früher ungeahnte Kräfte ersehen, wenn auch in der Produktionsweise die fabrikmäßige Herstellung stark in den Vordergrund getreten ist, so wird der gelernte Facharbeiter doch stets seinen Platz behaupten, ja, es kann eine Zeit kommen, in welcher der Facharbeiter sehr gesucht wird. Abgesehen auch hiervon spielt die Liebe zur Sache die Neigung eine außerordentlich große Rolle. Alle diese Fragen müssen sehr ernsthaft nach allen Seiten hin geprüft werden, man soll sich dabei nie von Augenblicksercheinungen leiten lassen, sondern das große Ganze muß ausschlaggebend sein. Gewiß liegt in der Lehrlingsausbildung vieles im argen, nicht aus Uebermut haben die Arbeiterorganisationen ständig versucht ihren Einfluß in der Lehrlingsfrage zur Geltung zu bringen. Regierungskreise haben diese dringend notwendige Mitarbeit längst anerkannt, nur unsere Handwerksmeister deren Vertretung in den Innungen verkörpert ist, wollen allein über diese Frage zu entscheiden haben. Aber auch hier wird die Zeit Wandel schaffen, ob mit oder gegen den Willen der Innungen, die Gewerkschaften aller Richtungen werden nicht eher ruhen, bis sie das sich gesteckte Ziel in dieser Frage erreicht haben. Vorerst haben die Ortsvereinsvorstände die dringende Pflicht den Eltern den richtigen Weg zu weisen und sich der Lehrlinge anzunehmen, sie den Jugendorganisationen der Gewerkschaften zuzuführen und sie frühzeitig über Zweck und Ziele unserer Berufsorganisation aufzuklären.

Das neue Arbeitsschutzgesetz.

Die wichtigsten Bestimmungen.

Aus dem fertiggestellten Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes werden jetzt weitere Einzelheiten bekannt. Wie der „Demokratische Zeitungsdiener“ mitteilt, gliedert sich der Entwurf dieses Gesetzes in sieben Abschnitte. Der erste Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften, im zweiten Abschnitt werden die Betriebsgefahren behandelt, der dritte und umfangreichste Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Arbeitszeit, und zwar die allgemeinen Vorschriften sowie die besonderen Vorschriften über einen erhöhten Schutz für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer. Weiterhin ist in diesem Abschnitt auch das Nachtarbeitsverbot geregelt. Der vierte Ab-

Schnitt behandelt die Frage der Sonntagsruhe, der fünfte die des Ladenschlusses, im sechsten wird die Frage der Arbeitsaufsicht geregelt. Der vierte Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Durchführung des Gesetzes.

Im ersten Abschnitt ist u. a. der Begriff des Arbeitnehmers gesetzlich festgehalten worden. Nach den Bestimmungen dieses Entwurfs sind als Arbeitnehmer Arbeiter und Angestellte einschließlich der Lehrlinge anzusehen. Nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes gelten Geschäftsführer, Betriebsleiter und andere höhere Angestellte, deren Tätigkeit eine besonders verantwortungsvolle erfordert oder die in erheblichem Umfang zur selbständigen Entscheidung befugt sind. Weiterhin gilt das Gesetz auch nicht für Angestellte in Vertrauensstellungen, deren Jahresarbeitsverdienst 5000 Reichsmark übersteigt. In dem Abschnitt über Betriebsgefahren wird u. a. auch ein erhöhter Schutz für jugendliche und weibliche Arbeitnehmer gefordert.

Einer der grundlegenden Paragraphen über die Frage der Arbeitszeit ist der § 9 der im Sinne des Washingtoner Abkommens die Bestimmungen enthält, daß die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers die Dauer von 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht übersteigen darf. Nicht als Arbeitszeit gelten die innerhalb der Arbeitszeit liegenden Pausen. Es sind dann weiter die Fragen der anderen Verteilung der Arbeitszeit, der ununterbrochenen Arbeit, der Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeit, der Arbeitsbereitschaft und der Mehrarbeit geregelt worden. Die geleistete Mehrarbeit ist über den Lohn für die regelmäßige Arbeit hinaus mit einem Zuschlag von 25 v. H. zu bezahlen. Die Vorschriften über die Arbeitszeit finden keine Anwendung auf die Untertagearbeit im Bergbau, weiterhin gelten sie nicht für die Familienbetriebe und auch nicht für das Pflegepersonal in Krankenanstalten. In den fiskalischen Verwaltungen sowie in der Reichsbahn und der Reichsbank können die für Beamte geltenden Dienstvorschriften auch auf die Arbeiter und Angestellten übertragen werden.

Hinsichtlich der Nacharbeit gilt u. a., daß Arbeitnehmer unter 18 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre nicht zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen. Für die arbeitsfreie Zeit ist u. a. bestimmt, daß Arbeitnehmern unter 18 Jahren und weiblichen Arbeitnehmern über 18 Jahren nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene arbeitsfreie Zeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren ist. Weitere Bestimmungen regeln die Pausen. Arbeitnehmer unter 16 Jahren dürfen nicht länger als 4 Stunden hintereinander ohne Pause beschäftigt werden. Schließlich ist noch Mutter- und Kinderschutz gesetzlich gesamt.

Nach den Bestimmungen über die Sonntagsruhe dürfen an Sonn- und Festtagen Arbeitnehmer grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Ausnahmen sind nur zulässig soweit sie ausdrücklich vorgesehen sind. Der Gesetzesentwurf sieht weiter eine Ruhezeit bei Sonntagsbeschäftigung von, und zwar müssen Arbeitnehmer, die an Sonn- und Festtagen innerhalb eines Zeitraumes von mehr als 3 Stunden beschäftigt sind, am nächsten Sonntag mindestens von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder am dritten Sonntag mindestens 36 Stunden von der Arbeit freigelassen werden.

Hinsichtlich des Ladenschlusses ist bestimmt, daß offene Verkaufsstellen an Werktagen nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen. Abweichend kann angeordnet werden daß offene Verkaufsstellen aller oder einzelner Geschäftszweige an höchstens 20 Tagen im Jahr über 7 Uhr abends hinaus, jedoch bis längstens 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen.

Im sechsten Abschnitt des Entwurfs wird gesagt, daß die Durchführung der Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes besondere Arbeitsaufsichtsämter zu überwachen haben. Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung des Reichsrates Richtlinien über die Tätigkeit der Arbeitsaufsichtsämter aufstellen. Die Arbeitsaufsicht über die Verwaltung des Reiches steht der obersten Reichsbehörde, die Arbeitsaufsicht über die Verwaltungen der Länder und Gemeinden den Landesbehörden zu. Die Arbeitsaufsichtsämter werden durch die obersten Landesbehörden errichtet. Die Errichtung kann auch für bestimmte Gewerbeerzweige erfolgen. Die Aufsichtsämter werden über ihre Tätigkeit Jahresberichte zu erstatten haben, die dem Reichstag zur Kenntnis vorgelegt werden. In dem Paragraphen, der das Inkrafttreten des Gesetzes regelt, wird u. a. gesagt, daß, soweit das Inkrafttreten der Vorschriften über die Regelung der Arbeitszeit in einem Teile des Reichsgebietes die wirtschaftliche Lage eines Gebietes schwer gefährden würde, die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers das Inkrafttreten dieser Vorschriften bis zur Dauer eines Jahres hinauschieben kann. Wie verlautet, wird sich das Reichskabinett in der nächsten Zeit mit diesem Gesetzesentwurf beschäftigen.

Krankentafeln und Erwerbslosenfürsorge.

Wohl den meisten den Erwerbslos werdenden wird bei der Anmeldung zur Erwerbslosenunterstützung der Fehler unklar sein, daß er nicht Mitglied seiner bis dato gewesenen Krankentafel geblieben ist, obgleich ihm ein Schein übergeben wird und die Frage vorgelegt wird: „Wollen Sie Mitglied ihrer Krankentafel bleiben?“ was gewöhnlich bejahend beantwortet wird. Im Anmeldezimmer für die Krankenversicherung werden dem Betreffenden aber Erklärungen abgegeben, daß ihm die Ortskrankentafel genau dieselben

Bergünstigungen gewährt, wie Familienhilfe usw., es wird ihm aber verschwiegen, daß er auf Grund seiner langen Mitgliedschaft und dessen Weiterbestehen auch als Erwerbsloser ganz andere Rechte respektive Ansprüche stellen kann an die Kasse. Wir warnen alle unsere Kollegen, sobald sie in die Lage veretzt werden, sich nicht in eine andere Kasse überweisen zu lassen, zumal ihnen auch keine Unkosten als Erwerbslose entstehen. Gerade die Konditionen trifft ein derartiger Wechsel gewöhnlich am meisten, weil sie je nach der Beschäftigung in gemischten Betrieben oder einer Konditionen die Anmeldung bei den jeweilig in Betracht kommenden Innungs-Krankentafeln unterliegen und dann noch ein Uebergang in die Ortskrankentafel unterbricht die Mitgliedschaft unklar. Wir kommen in der nächsten Nummer besonders auf die Vorteile wie Nachteile der Mitgliedschaft zurück.

Reichsversicherungsordnung.

Der Gesamtvorstand der Krankentafeln Deutschlands hat eine Textausgabe der Reichsversicherungsordnung nach dem Stande vom 31. Juli 1926 herausgegeben. Das Buch, in handlichem Format dauerhaft gebunden, enthält neben einer Inhaltsübersicht über die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sämtliche Paragraphen derselben und ist mit einem ausführlichen alphabetischen Stichwortverzeichnis versehen. Die Textausgabe ist überaus übersichtlich angeordnet, ist 388 Seiten stark und zu dem billigen Preis von 5 Mark durch Vermittlung des Verbandsbüros zu beziehen. Die Anschaffung dieser Textausgabe kann nur warm empfohlen werden, zumal ja doch die Bestimmungen über die Unfallversicherung und auch die Beziehungen zwischen Berufsgenossenschaft und Krankentafel, sowie auch vielfach über Kranken- und Invalidenversicherung in letzter Zeit geändert worden sind.

F. H.

Arbeitsbeschaffungsprogramm — Ueberstunden.

Bekanntlich hat die Reichsregierung in Verbindung mit den Länderregierungen durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm den ersten Willen gezeigt, die Erwerbslosigkeit zu mildern. Um nun zu verhüten, daß die einzelnen Firmen infolge des Programms erteilten Aufträge sich in Ueberstunden auswirken, also die Absicht der Arbeitsbeschaffung illusorisch gemacht wird, hat der Reichsarbeitsminister unterm 24. August eine dementsprechende Anordnung an die sozialen Ministerien der Länder erlassen. Er weist darauf hin, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm seinen Zweck, die Erwerbslosigkeit zu mindern, verfehlen würde, wenn eine sich dadurch ergebende vermehrte Arbeitsgelegenheit „durch eine über das übliche Maß hinausgehende Mehrarbeit der vorhandenen Belegschaft aufgearbeitet werden würde.“ Der Arbeitsminister bittet zum Schluß, dahin zu wirken, daß eine ungesunde Zunahme der Ueberstunden vermieden wird. — Wir möchten alle Vertrauensleute ersuchen, vorkommendenfalls auf diese Anordnung des Arbeitsministers hinzuweisen.

Verbandsbüro.

Alters- und Ledigenheim für Angestellte.

Das vor einigen Jahren vom Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) bei Zehlendorf (Wanseebahn) in einem 40 Morgen großen Parke gelegene für ein Altersheim erworbene Anwesen wird Anfang nächsten Jahres seiner Bestimmung zugeführt werden.

Zugleich mit dem Altersheim wird ein Ledigenheim eingerichtet, in dem weibliche und männliche ledige Angestellte zweckentsprechende billige Wohngelegenheit finden sollen. Die Einrichtung von Ledigenheimen ist in der Öffentlichkeit oft erörtert worden. Daß der GDA nunmehr die praktische Lösung dieser Frage vornimmt ist ein erfreuliches Zeichen sozialen Geistes und erstarkender Standesarbeit.

Aus dem Kreise Wittgenstein.

Seit einer Reihe von Jahren ist der Gewerbeverein der Holzarbeiter andauernd bemüht, das Arbeitsfeld in unserm Kreise zu hecken. Unendliche Mühe ist darauf verwendet worden, um die Kollegen aufzuklären, sie der Organisation zuzuführen und dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstig zu beeinflussen. So mancher achtungsgebietende Erfolg ist erzielt worden. Dankbar ist diese Arbeit von den Kollegen empfunden worden. Es scheint jedoch, als ob die von der Organisation ausgestreute Saat überall im Kreise aufgegangen ist, jedoch gegenüber den vielen Stürmen der Wirtschaft noch nicht die genügende Kraft besessen hat, um den notwendigen Widerstand entgegen setzen zu können. Der Wittgensteiner Boden ist hart und steinig, will man eine beachtenswerte Ernte erzielen, dann muß mit nie ermüdender Kraft und zäher Ausdauer der Boden beackert werden und mehr wie in einer andern Gegend das Aufgehen der Samentörner beobachtet

haben. Es gehört unendlich viel Mühe und eine unbegrenzte Ausdauer dazu, ist aber die einzige Möglichkeit Erfolge zu erzielen. Diese Gebanngänge treffen auch auf die Arbeiter des Kreises zu. Diese lange Jahre vor dem Kriege ist ständig versucht worden, die dortige Arbeiterchaft aufzurütteln um durch festen Zusammenschluß günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Allzuvieler Erfolge sind dieser Arbeit nicht beschieden worden, der Druck der Arbeitgeber reicht in den meisten Fällen aus, um die gemachte Aufklärung im Reine zu ersticken. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit an letzter Stelle standen. Selbst in den schweren Jahren des Krieges, wo selbst seitens der damaligen Regierung und maßgebender Wirtschaftsführer die gewerkschaftlichen Organisationen als eine dringende Notwendigkeit angesehen wurden, versuchten die Wittgensteiner Arbeitgeber mit allen Mitteln jede gewerkschaftliche Tätigkeit zu unterbinden, Lokale wurden abgetrieben und die Arbeiterchaft mit Entlassung bedroht. Dank der unermüdblichen Arbeit unserer Gewerkschaftsführer wurden alle Hindernisse aus dem Wege geräumt. Der Druck der Arbeitgeber hatte das Gegenteil erzeugt, in Scharen traten die Arbeitgeber der Organisation zu. Der Erfolg blieb auch nicht aus, dem Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter gelang es die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich zu regeln. Seitdem sind Jahre ins Land gegangen, der Krieg und deren Folgen haben auch in unserm Kreise ihre verheerenden Wirkungen ausgeübt. Die in den letzten Jahren einsetzende Arbeitslosigkeit hat manchen Kollegen nutzlos gemacht, er hat sich in tiefster Verbitterung vom öffentlichen Leben zurückgezogen und hadert mit dem Geschick. Kollegen, was wir hier im Kreise erdulden müssen, wird auch in demselben Umfange von unsern Brüdern in den Großstädten und den übrigen Teilen unseres Vaterlandes erduldet. Not und Elend herrscht heute durch die furchtbare Wirtschaftskrise die über alle Massen des Volkes. Ohne Zweifel hat jeder an seinem Teile schwer zu tragen. Wird es jedoch dadurch besser, wenn wir uns mit verbittertem Gemüt in unsere enge Behausung zurückziehen? Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren. Als Anfangs Juli d. Js. die Vertreter unseres Gewerkschaftsvereins von Rheinland und Westfalen in Laasphe zusammentraten, geschah dies wahrlich nicht ohne Absicht. Man wollte, es galt hier verbitterten Gemütern die Freuden des Lebens wieder zuzuführen, sie an ihre Pflichten gegenüber ihren Familien zu erinnern. Mit scharfer Sonde wurde hineingeleuchtet in die Verhältnisse, nichts wurde beschönt, mit voller Offenheit wurden die Wunden blösgelegt, die es galt zu heilen. Für unsere erprobten Kämpfer war es eine Herzensfreude zu sehen, wie man gegenseitig wetteiferte, um Wege zu finden, die auch in diesem feindlichen Boden des Kreises Wittgenstein mehr Erfolge zeitigen konnten.

Kollegen, lassen wir die uns dort erteilten Ratschläge nicht unbeachtet, die von uns zu beschreitenden Wege sind nach wie vor feurig, aber nicht unüberwindlich. Wo der Wille ist, da ist auch ein Weg. Schütteln wir unsere Gleichgültigkeit von uns ab. Diese nur allein ist Schuld an unserm Elend. Unsere Führer haben wahrlich alles für uns getan, was in ihren Kräften steht. Die beste Kraft muß doch erlahmen, wenn sie von den Kollegen nicht unterstützt wird. Kollegen, laßt diesen Mahnruf nicht ungehört an euch vorübergehen, es ist ein Notschrei eines bedrängten Herzens, der zur Zuflucht die Öffentlichkeit gegriffen hat, dem es nicht besser und schlechter, wie einen von euch geht, der aber von der innersten Ueberzeugung durchdrungen ist, daß nur im Anschluß an den Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter unsere Lage verbessert werden kann.

Einer für Viele!

Aus den Ortsvereinen.

Berlin II. Zu unserer letzten Ortsvereinsversammlung war es uns gelungen, Kollegen Schumacher für einen Vortrag zu gewinnen. Welch letzterer von der gut besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde und dessen Inhalt — in kurzen Umrissen — auch den übrigen Berliner Kollegen, sowie den Kollegen im Kreise nicht vorenthalten bleiben möge. Thema: „Locarnopolitik und ihre Wirkung auf die Arbeiterchaft.“ Seinem Vortrag voraus sprach der Redner die Bemerkung, daß zwar die Deutschen Gewerkschaften politisch neutral sind; dies bedeute jedoch nicht, daß nun unsere Mitglieder das ganze politische Geschehen achtlos an sich vorübergehen lassen sollen, sondern vielmehr nur, daß niemanden in seinen politischen Anschauungen Vorschriften gemacht werden sollen. Mit anderen Worten: Die deutschen Gewerkschaften sind zwar politisch unabhängig, aber nicht die Mitglieder politisch indifferent. Einleitend schildert der Vortragende dann die gegenwärtige politische Gestaltung in Deutschland: Trotz einer recht beträchtlichen Anzahl politischer Parteien, könne man doch in den Parlamenten ziemlich scharf nur zwei politische Strömungen unterscheiden; und zwar erstens die konservative Richtung, deren Anhänger sich nach der Revolution zwar anders nannten, deren

Geist aber derselbe wie vor dem Kriege geblieben ist, nämlich das Stehenbleiben oder noch besser, das Zurückkehren zu früheren Verhältnissen. Und zweitens die demokratische Richtung, die im Vorwärtstreben den Geist der Zeit zu erfassen sucht. Unter demokratischer Richtung sind in der Hauptsache die Zentrumspartei, die Demokraten und die Sozialdemokraten zu verstehen. Neben diesen beiden Richtungen sind noch verschiedene Parteien die man als „schwankende Gestalten“ bezeichnen könnte, weil ihre Politik kein scharfes Ziel hat. Dazu kommen dann noch die Extremen, die sogenannten Flügelparteien von äußerst rechts und äußerst links, die so ziemlich alles verneinen, mit Ausnahme vielleicht der Beschließung über die Diktatur der Abgeordneten. Nachdem der Redner noch kurz die Entstehung der neuen Staatsform in Deutschland erläutert hat, wobei er bemerkt, daß nach der Flucht des Kaisers doch kein Monarch mehr in Deutschland war, und eine Monarchie ohne Monarchen ein Unding sei, kommt er dann auf das eigentliche Thema seines Vortrages zurück.

Unter Locarnopolitik versteht man heute die Verständigung der Völker Europas zum gemeinsamen wirtschaftlichen Zusammenarbeiten. Aufgebaut auf der Erkenntnis, daß nicht Kriege und diplomatische Intriguen den Völkern zum Wohle dienen, sondern das friedliche Sich-Verstehen-Lernen der Völker zur Hebung und Belebung der europäischen Wirtschaft so, daß sie allen Völkern Europas zu gute komme. Eine solche Politik können einsichtige Arbeiter nur unterstützen, denn letzten Endes muß durch solche Politik auch die Lage der Arbeiter gebessert werden. Die Folgen dieser Politik zeigen sich im In- und Ausland an mancherlei Vorgängen. Noch nie ist ein Land im Völkerbunde so aufgenommen worden, wie Deutschland. Auch sonst scheint fast im gesamten Ausland der Haß gegen Deutschland dem Entgegenkommen und der Achtung gewichen zu sein. In der Sozialpolitik interessiert uns Arbeiter zur Zeit wohl am meisten die Arbeitslosenversicherung die bisher zwar Pflichten für die Arbeiter, aber fast gar keine Rechte für sie hatte. Nach den Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat sollen in diesem Gesetz Pflichten und Rechte gleichmäßig bestellt sein. Dann aber soll vor allem dafür gesorgt werden, daß möglichst statt Rechte auf Erwerbslosenunterstützung für produktive Arbeit gesorgt wird. Die Arbeitsbeschaffung soll die Locarnopolitik ermöglichen. Unsere Aufgabe als Arbeiterorganisation wird es sein müssen, dafür zu sorgen, daß die eigentlichen produktiven Arbeitsleister auch als der Faktor betrachtet und behandelt wird, der er infolge seiner produktiven Tätigkeit ist, ohne dessen Arbeit keine Produktion, keine Wirtschaft und kein Staat möglich ist. Dazu gehört: Innere Aufklärungsarbeit zu verrichten, zur Stärkung der Arbeiterorganisationen. Agitation muß geleistet werden, wo nur irgend möglich. Kein unorganisierter Arbeiter darf in einer Werkstatte stehen. Dies sei unser Ziel. Und darum: „Auf zur Werkarbeit!“

S. Sippe, Schriftführer.

Hagen. Am Sonntag, den 14. November 1926 findet, wie bekanntlich, um 5 Uhr nachmittags die den Kollegen schon mitgeteilte öffentliche Ortsverbandsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Wissen ist Macht.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt ein Prospekt des altbekannten Ullstein-Verlag Berlin über „Wege zum Wissen“ bei. Der Prospekt enthält ein Verzeichnis von beachtenswerten Büchern, die wesentlich zur Bereicherung des Wissens dienen. Der an sich mäßige Preis ermöglicht es einem jeden aus der reichen Auswahl der Bücher den notwendigen Bedarf zu decken, auch dürften sich die Bücher als passendes Weihnachtsgeschenk eignen. Ein jeder hat die Möglichkeit die Bände „Wege zum Wissen“ in jeder Buchhandlung zu beziehen.

Aufforderung!

Es werden folgende Zeitungen verlangt:
„Eiche“, Jahrgang 1923, Nummer 24—26.
„Eiche“, Jahrgang 1924, Nummer 26
Ortsvereine, welche noch im Besitz vorstehender Nummern sind, ersuchen wir, dieselben an das Hauptbüro einzusenden.

Hobelbänke!

Ia. Qualität, Süddeutsche Ausführung, mit Stahlspindeln, Blatt und Geseil aus trockenem Buchenholz, Klempnerpreis per Stück 95,— Mk. einschließlich Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Prospekte von Werkzeugen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 53.